

26.10.2017

Arbeitsmarktpolitik

Worum es geht...

Der Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren insgesamt sehr gut entwickelt. Konsequente Reformen haben dazu beigetragen, dass Arbeitslosigkeit gesenkt wurde, während die Anzahl der Stammarbeitnehmer kontinuierlich angestiegen und der Anteil von Menschen in flexiblen Beschäftigungsverhältnissen stabil geblieben ist. Bundesweit ist die Arbeitslosigkeit zurückgegangen, jedoch hinkt der nordrhein-westfälische Arbeitsmarkt deutlich hinterher. Andererseits erleben wir in manchen Branchen, Berufen und Regionen des Landes bereits spürbare Fachkräftengpässe. Dabei ist die Wirtschaft auf qualifizierte Arbeitskräfte zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit dringend angewiesen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist ein funktionsfähiger, dynamischer Arbeitsmarkt.

Was für die Wirtschaft wichtig ist...

- **Fachkräftesicherung als Gemeinschaftsaufgabe angehen**

Zur Fachkräftesicherung ist eine schlüssige und ausgewogene Gesamtstrategie notwendig. Versäumnisse im Bildungssystem, die eine der Hauptursachen für die Entstehung von Fachkräftengpässen sind, können aber nicht durch betriebliches Engagement ausgeglichen werden. Notwendig sind daher nachhaltige Qualitätsverbesserungen im gesamten Bildungssystem. Wir müssen Fachkräftesicherung als Gemeinschaftsaufgabe von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik begreifen.

- **Alle Fachkräftepotenziale aktivieren**

Arbeitsmarktpolitik muss dazu beitragen, alle Fachkräftepotenziale zu aktivieren. Dazu muss die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer gefördert und die Voraussetzungen zur Erwerbstätigkeit von Frauen verbessert werden. Darüber hinaus wird eine gesteuerte arbeitsmarktorientierte Zuwanderung benötigt, da durch die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen nur ein Teil der Fachkräftelücke geschlossen werden kann.

- **Frauenerwerbstätigkeit durch Ausbau von Betreuungsangeboten fördern**

Zur Förderung und Ausweitung der Erwerbstätigkeit von Frauen ist eine flächendeckende Betreuungsinfrastruktur eine wesentliche Voraussetzung. Dazu müssen die Angebote kontinuierlich ausgebaut werden sowie flexibel und bezahlbar sein. Dies gilt für Kitas und die schulische Ganztagsbetreuung gleichermaßen.

- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht durch Regulierung behindern**

Durch die Digitalisierung ergeben sich neue Ansätze zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Insbesondere Home-Office-Modelle und die Nutzung digitaler Infrastruktur geben den Mitarbeitern höhere Zeitsouveränität und tragen zur Vereinbarkeit bei. Diese Chancen dürfen jedoch nicht mit übertriebenen gesetzlichen Regelungen der Politik eingeschränkt werden.

- **Zügige Beschäftigungsaufnahme von Arbeitslosen fördern**

Die soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit und die Arbeitsförderung dürfen nicht dazu führen, dass Menschen der Anreiz fehlt, sich um einen Arbeitsplatz zu bemühen. Leistungen müssen entsprechend dem Prinzip des Forderns und Förderns ausgestaltet sein, um damit eine zügige Beschäftigungsaufnahme im ersten Arbeitsmarkt zu fördern.

- **Beitragsmittel der Bundesagentur für Arbeit effizient einsetzen**

Die Förderung der Arbeitsaufnahme durch Qualifizierungsmaßnahmen und Unterstützung der Mobilität muss passgenau und effizient erfolgen. Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente sind so auszurichten, dass die Arbeitsvermittlung im Mittelpunkt steht und den Anforderungen des Arbeitsmarkts entspricht.

- **Engagement für marktferne Menschen stärken**

Gerade bei marktfernen Menschen, wie Langzeitarbeitslosen, spielen gezielte Aktivierung, passgenaue Beratung und bedarfsgerechte Förderung eine wesentliche Rolle. Dabei müssen die bestehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu sinnvollen Förderketten flexibler kombiniert und nach erfolgreicher Vermittlung eine Nachbetreuung gewährleistet werden.

- **Chancen flexibler Beschäftigungsformen nutzen**

Als wichtige Brücke in den Arbeitsmarkt erweisen sich insbesondere die flexiblen Beschäftigungsformen. Gerade Zeitarbeit oder befristete Beschäftigungsverhältnisse ermöglichen Berufsanfängern den Einstieg und Langzeitarbeitslosen die Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Diese Chancen müssen weiter genutzt werden und nicht durch zusätzliche gesetzliche Regelungen eingeschränkt werden.

- **Nicht mit verzerrenden Kampagnen den Standort schlecht reden**

Mit der Kampagne „Faire Arbeit - Fairer Wettbewerb“ zeichnet die Landesregierung seit Jahren ein völlig verzerrtes und wirklichkeitsfremdes Bild der Arbeitswelt in NRW. Es wird immer wieder der Eindruck erweckt, die Arbeitsverhältnisse hierzulande seien unsozial und verschlechtern sich ständig. Mit einer solchen Kampagne dürfen jedoch nicht der Standort NRW, die Arbeitsbedingungen und die Unternehmen im Lande schlecht geredet werden.

- **Fehlanreize durch einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt verhindern**

Langzeitarbeitslose durch eine dauerhaft öffentlich geförderte Beschäftigung wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren ist nicht zielführend. Es werden Fehlanreize gesetzt, bei denen öffentlich geförderte Beschäftigungsmaßnahmen vermeintlich attraktiver erscheinen als einfache Tätigkeiten am ersten Arbeitsmarkt. Zudem entsteht immer die Gefahr durch subventionierte Beschäftigung reguläre Arbeitsplätze in bestimmten Branchen zu verdrängen.

